NRW erneuerbar! – Ein Jahr Rot-Grün in Nordrhein-Westfalen

Ein Jahr nach der Landtagswahl und 10 Monate nach Regierungsübernahme durch Rot-Grün stellen wir fest: Nordrhein-Westfalen ist Grüner geworden. Grün wirkt, und die Menschen unterstützen bundesweit Grüne Politik durch ein hohes Vertrauen und Zutrauen in uns als Partei. Die Wahlergebnisse in den letzten 2 Jahren und die aktuelle Zustimmung in den Meinungsumfragen zeigen: Grüne Grundwerte und Politikangebote überzeugen immer mehr Menschen. Die Bevölkerung will eine Veränderung hin zu einer sozial-ökologischeren Politik. Dabei sind auch unsere Glaubwürdigkeit, Eigenständigkeit und Geschlossenheit Erfolgsfaktoren. Dieser Politikstil verschafft uns Zustimmung bei vielen NichtwählerInnen oder Nicht-Mehr-WählerInnen. Falls wir im Herbst in Mecklenburg-Vorpommern in den Landtag einziehen, sind wir in allen 16 Landtagen vertreten. In Baden-Württemberg stellen die Grünen erstmals einen Ministerpräsidenten, der zeigt, dass Grüne Politik auch aus der Führung einer Regierung heraus gemacht werden kann.

Der enorme Zuspruch, den wir derzeit erfahren, ist für uns in NRW Rückenwind und Herausforderung, unsere Grünen Ziele auch in Regierungsverantwortung umzusetzen. Wir haben es im letzten Jahr geschafft, hier in Nordrhein-Westfalen eine sozial-ökologische Politikwende einzuleiten. Die Minderheitsregierung als neue demokratische Herausforderung im größten Bundesland hat erfolgreich gezeigt, dass unser Land gerechter und zukunftsfähiger werden kann. Mit den drei K´s - mehr Politik für Kinder, Klima und Kommunen - haben wir im Wahlkampf um Zustimmung geworben. Ein Jahr nach der Wahl können wir unseren WählerInnen in vielen Bereichen bereits jetzt sagen: Versprochen – gehalten!

Die Regierungsübernahme in Nordrhein-Westfalen entfaltet ihre Wirkung auch in der Bundespolitik. Die schwarz-gelbe Mehrheit im Bundesrat konnte gebrochen werden – mit spürbaren Folgen: Nordrhein-Westfalen hat zusammen mit anderen Ländern gegen die Entscheidung für eine Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht eingereicht und ein Atomausstiegsgesetz vorgelegt. Über den grünen Umweltminister Johannes Remmel wurde nach dem Dioxin-Skandal erfolgreich Druck auf die Bundesregierung für mehr Lebensmittelsicherheit ausgeübt. Bei der Umsetzung des Bundesverfassungsgerichtsurteils zur Neuberechnung der Hartz IV-Regelsätze konnte über die Länderkammer der Durchmarsch der schwarz-gelben Bundesregierung gestoppt und Verbesserungen für Menschen im SGB II- Bezug sowie für die Kommunen erreicht werden. Auch wenn der gefundene Kompromiss für uns nicht weitreichend und konsequent genug war, stehen die neuen Verhältnisse im Bundesrat für einen Kurswechsel, den wir gemeinsam mit den neuen Grün-mitregierten Ländern weiterführen werden.

Kinder, Klima, Kommunen und mehr

Investitionen in **Kinder** sind Zukunftsinvestitionen. Die Landesregierung hat begonnen, diesen Schwerpunkt der neuen Landespolitik in Initiativen für mehr Chancengerechtigkeit umzusetzen.

Kein Kind soll zurückgelassen werden – dieses Leitmotiv Grüner Bildungsprogrammatik ist auch Handlungsauftrag der Regierung: Mehr Qualität in der frühkindlichen Bildung wird durch die erste Stufe der Revision des Kinderbildungsgesetzes erreicht. Noch vor der Sommerpause und damit zum Beginn des nächsten Kindergartenjahres am 1. August 2011 wird die Betreuungsqualität insbesondere für die unter Dreijährigen verbessert, Familienzentren werden stärker unterstützt und mehr Elternmitwirkung ermöglicht. Für den dringend benötigten Ausbau der Betreuungsplätze für unter Dreijährige wird im Haushalt 2011 mehr Geld zur Verfügung gestellt. Uns ist wichtig, dass in der nächsten Stufe die Qualität weiter verbessert werden muss, insbesondere durch bessere Standards in den KiTas und eine spürbare Entlastung der ErzieherInnen. Die bessere Integration von Kindern mit Migrationshintergrund wird Bestandteil des neuen Integrationsgesetzes werden. Die Gemeinschaftsschule entpuppt sich schon jetzt als Erfolgsmodell in NRW und erfreut sich großer Nachfrage in vielen Kommunen. Sie ist im Rahmen eines Modellversuchs auf den Weg gebracht: ein Quantensprung für mehr Bildungsgerechtigkeit durch die Ermöglichung von längerem gemeinsamen Lernen und einer wohnortnahen Schulversorgung. Der Ausbau von Ganztagsschulen kommt voran, die individuelle Förderung wird gestärkt und gemeinsames Lernen von Kindern mit und ohne Behinderung endlich in den Fokus der Schulentwicklung genommen. Muslimische Kinder werden ab 2012 islamischen Religionsunterricht erhalten. Wir unterstützen unsere Schulministerin Sylvia Löhrmann in ihrem Bemühen, durch die Einbeziehung aller Akteure in der Schulpolitik im Rahmen der Bildungskonferenz einen breiten Schulkonsens in NRW zu erarbeiten. In den Hochschulen unseres Landes wird Chancengerechtigkeit wieder hergestellt. Die Studiengebühren entfallen zum nächsten Wintersemester und die Hochschulen erhalten die finanzielle Kompensation aus dem Landeshaushalt.

Klimaschutz hat in der Rot-Grünen Landesregierung einen hohen Stellenwert bekommen. Wenn wir es ernst meinen mit der Begrenzung des globalen Temperaturanstiegs auf 2 °Grad Celsius müssen die CO2-Emmissionen bis 2050 um 80 bis 95% gesenkt werden. Unsere drei E´s – Förderung von Energieeinsparung, Effizienz und Erneuerbare Energien – stehen für das Erreichen dieser Ziele, aber auch für Innovation und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung mit zukunftsfähigen Arbeitsplätzen. Bereits heute sind 24.000 Menschen in Nordrhein-Westfalen in Unternehmen der Erneuerbaren-Energien-Branche beschäftigt, mit steigender Tendenz. Mit einem Drittel NRW-Anteil am bundesweiten CO 2-Ausstoß können die deutschen Klimaschutzziele ohne eine konsequente Neuorientierung in unserem Bundesland nicht erreicht werden. Global denken heißt für uns Grüne regional handeln. Das haben wir in der Regierung begonnen: Mit dem neuen Windenergieerlass soll bis 2020 der Anteil von Windenergie an der Stromversorgung von 3 auf 15% erhöht werden. Studien belegen, dass das Potenzial der Windenergie an Land noch lange nicht ausgeschöpft ist. Im Gegensatz zur teuren Offshore-Windenergie sind Windenergieanlagen an Land zurzeit die kostengünstigste Erneuerbare Energie. Die Bundesregierung hingegen sichert mit ihrer einseitigen Förderung der Offshore-Anlagen die vorhandenen energiewirtschaftlichen Strukturen von RWE, E.ON und Co., auch zu Lasten der VerbraucherInnen. Wir Grüne in Nordrhein-Westfalen setzen dagegen auf den deutlichen Ausbau der Windenergie an Land. Und wir setzen auch auf das „Repowering“ – das heißt den Ersatz von vielen kleinen Altanlagen durch weniger, aber dafür leistungsstärkere Anlagen. Mit diesen Maßnahmen geben wir dezentralen, an die regionalen und lokalen Bedürfnisse angepassten Konzepten einen klaren Vorzug. Im Haushalt 2011 sind daher mehr Fördermittel für Klimaschutzmaßnahmen eingestellt. Mit der Stärkung der wirtschaftlichen Betätigungsmöglichkeiten der kommunalen Unternehmen unterstützt das Land die Stadtwerke, die mit dezentralen Konzepten und Investitionen in Energieeffizienz und Erneuerbare Energien vor Ort zum Erreichen der Klimaschutzziele und zur Realisierung der Energiewende beitragen. Als kommunale Unternehmen sind sie darüber hinaus sehr viel stärker in demokratische Prozesse vor Ort eingebunden. Ökologische Verantwortung und wirtschaftliche Dynamik sind nicht länger ein Widerspruch – auch wenn Opposition und die großen Energiekonzerne dies wider besseren Wissens weiter stur behaupten. Für uns Grüne ist klar: neue Kohlekraftwerke sind aufgrund der enormen Emissionen, ihren langen Laufzeiten, der geringen Effizienz und hohen Wärmeverlusten Klimakiller und blockieren den Weg in das Zeitalter der Erneuerbaren.

Ein funktionsfähiges Gemeinwesen braucht leistungsfähige **Kommunen**. Die Kommunen befinden sich nach wie vor in der schwersten Haushaltskrise seit Jahrzehnten. Auf Bundesebene setzt sich Nordrhein-Westfalen für eine faire Lastenverteilung mit dem Ziel einer

Beteiligung des Bundes an den Sozialkosten von 50% ein. Mit dem „Aktionsplan Kommunalfinanzen“ wird das Land in diesem Jahr Konsolidierungshilfen für finanzschwache Kommunen zur Verfügung stellen. Auch die kommunale Demokratie kann nur gelebt werden, wenn es Gestaltungsspielräume gibt, indem die Überschuldung der kommunalen Gebietskörperschaften abgebaut wird.

2011 werden wir im Landtag zum Jahr der Demokratie machen. Die Stichwahl bei den Bürgermeister- bzw. Landratswahlen ist wieder eingeführt worden und den BürgerInnen wird es zukünftig auch ermöglicht, BürgermeisterInnen bzw. LandrätInnen direkt abzuwählen. Eine Stärkung der direkten Demokratie in den NRW-Kommunen und auf Landesebene soll die parlamentarische Demokratie ergänzen und den Menschen auch zwischen den Wahlen mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten geben. Wir wollen daher auf kommunaler Ebene das Zustimmungsquorum für Bürgerentscheide in den größeren Städte halbieren, den Ausschluss von Planungsangelegenheiten aufheben und die Regelungen zum Kostendeckungsvorschlag modifizieren. Auf Landesebene wollen wir Grüne die Verfahren zu Volksbegehren u. a. mit der Ermöglichung von Straßensammlungen bürgerInnenfreundlicher gestalten. Allerdings wird zur Senkung des Zustimmungsquorums eine Verfassungsänderung notwendig sein, für die wir im Landtag werben werden. Gleiches gilt für die Verfassungsänderung zur Absenkung des Wahlalters bei Landtagswahlen auf 16 Jahre.

Mit diesen Maßnahmen wollen wir den Bürgerinnen und Bürgern in NRW Angebote machen und ermöglichen, sich einzumischen und damit Politikverdrossenheit gar nicht erst entstehen zu lassen. Das Akzeptanzproblem der parlamentarischen repräsentativen Demokratie beruht auch auf einem Misstrauen in staatliche Institutionen, dem wir entgegenwirken müssen. Das heißt, wir wollen die Anliegen von Demonstrantinnen und Demonstranten auf der Straße oder von Initiatorinnen und Initiatoren von Bürgerbegehren ernst nehmen und wertschätzen, denn: Eine Demokratie ohne gelebte Partizipation in einer geschlechtergerechten Gesellschaft ist letztendlich nicht funktionsfähig. Teilhabe an Politik, Gesellschaft und Wirtschaft muss für Männer und Frauen gleichermaßen gelten.

Sozial-ökologische Politik umsetzen und nachhaltig haushalten

Die Haushaltssituation des Landes – vor allem in Verbindung mit der aktuellen Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofs NRW – stellt die Rot-Grüne Regierung vor große Herausforderungen. Darüber hinaus gibt die Schuldenbremse im Grundgesetz den Ländern vor, bis zum Jahr 2020 ihre Haushalte ohne strukturelle Neuverschuldung auszugleichen. Gleichzeitig belastet der Bund die Länder und Kommunen weiter durch Aufgabenübertragungen und Steuermindereinnahmen. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat dafür gesorgt, dass Nordrhein-Westfalen mehr als zwei Milliarden Euro an Mindereinnahmen pro Jahr zu verkraften hat. Das Land hat auch ohne neue Aufgaben oder Projekte jährliche Mehrbelastungen durch Pensionszahlungen und andere Kostensteigerungen zu verkraften. Aus eigener Kraft kann Nordrhein-Westfalen daher keine Konsolidierung seiner Finanzen erreichen, ohne staatliche Kernaufgaben in den Bereichen Bildung, Sicherheit, Justiz oder Umweltschutz aufzugeben und staatliche Handlungsfähigkeit zu gefährden. Nachhaltigkeit ist eine der Leitideen Grüner Politik. Dies muss auch für die Finanzpolitik gelten, die den nachfolgenden Generationen politische Handlungsfähigkeit erhalten und nicht zur finanzwirtschaftlichen Instabilität öffentlicher Haushalte führen darf. Wir brauchen gestaltungsfähige öffentliche Haushalte, um die Herausforderungen der Zukunft vor allem durch Investitionen in Bildung, Gerechtigkeit und den ökologischen Umbau meistern zu können. Mit der Verabschiedung des Haushalts für das Jahr 2011 haben wir den Politikwechsel finanziell unterlegt und gleichzeitig die Nettoneuverschuldung in einem vertretbaren Rahmen gehalten. Wir Grüne wollen und werden aktiv daran mitwirken, Konzepte zur dauerhaften Konsolidierung und Stabilisierung öffentlicher Haushalte zu entwickeln. Der Landesvorstand hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, um über die jährlichen Haushaltsberatungen hinaus Antworten auf die Finanzierbarkeit unserer sozialen und ökologischen Politik auf Landesebene zu finden. Die Finanzbeziehungen zwischen Europa, Bund, Ländern und Kommunen wollen wir auf den Prüfstand stellen und strukturelle Maßnahmen zur Einnahmeverbesserung und Konsolidierung erarbeiten. Dies wird kein Prozess

hinter verschlossenen Türen sein, sondern offen und transparent im Rahmen des Zukunftsprozesses der Partei erarbeitet.

Opposition – quo vadis?

Mit zwei Landesvorsitzenden, die in Berlin in Ministerverantwortung eingebunden sind und ihre Landesverbände fernsteuern, zeigt sich, welchen Stellenwert für CDU und FDP die Landespolitik in NRW hat. Von inneren Machtkämpfen zerrissen, steuert die Fraktionsführung der CDU strategisch mal auf Neuwahlen zu, um ihren ungeliebten Bundesminister Röttgen zu demontieren, mal ist geordnetes Zurückrudern in Sachen Neuwahlen vom Parteivorsitzenden angeordnet. Eins ist klar: Ein schlüssiges alternatives Konzept zur Haushaltskonsolidierung kann die CDU nicht vorlegen. In der Schulpolitik fehlen klare Entscheidungen und ein klares Ziel, wohin die Reise führen soll: Will die CDU weiter an der Ideologie des vielgliedrigen Schulsystems festhalten oder hört sie auf ihre Basis in den Kommunen, die die Zeichen der Zeit und die Gemeinschaftsschule als Modell der Zukunft und Chance erkannt haben? Die Talfahrt der FDP und ihre geistige Ödnis zeichnen sich in NRW schon lange ab – nicht erst, seitdem die Umfragewerte in den Keller gesackt sind. Die FDP hat sich noch immer nicht von ihrer „Privat-vor-Staat-Ideologie“ verabschiedet und fährt weiter den inhaltsleeren Kurs einer Klientel-Partei, der ein stumpfes „Dagegen“ lieber ist, als die Angebote zum Mitgestalten anzunehmen. Die Linke schwankt zwischen der Entscheidung, Verantwortung zu übernehmen und ideologischen Phrasen, die mit umsetzbarer Politik im Landtag nichts zu tun haben. Dazu gehört auch die fehlende Akzeptanz des Urteils des Verfassungsgerichtshofs zur Haushaltspolitik, das alle Fraktionen – nicht nur die Regierungsfraktionen – auffordert, Haushaltspolitik im Lichte der Krise öffentlicher Haushalte ernst zu nehmen und zu gestalten.

NRW erneuerbar – im ersten Jahr und in den folgenden Jahren!

NRW ist erneuerbar und wir wollen NRW weiter erneuern. Wir Grüne wollen und werden unseren Koalitionsvertrag weiter umsetzen und dafür um Mehrheiten im Landtag werben. Unsere Partei und unsere WählerInnen erwarten zu Recht von der Fraktion und von den Regierungsmitgliedern, dass sie weiter an der sozialökologischen Erneuerung Nordrhein-Westfalens arbeiten. Es gibt noch viel zu tun und wir haben noch viel vor in den nächsten Jahren: Novellierung des Schulgesetzes, Umsetzung des Rechtsanspruchs auf Inklusion, Klimaschutzgesetz, Krankenhausplanung, Stärkungspakt Stadtfinanzen, Direkte Demokratie, Integrationsgesetz, etc. Solange die Handlungsfähigkeit der Regierung gegeben ist, werden wir die Minderheitsregierung aktiv fortsetzen. Dabei bleibt es bei unserem Kurs der Koalition der Einladung. Wir sind nicht auf der Suche nach einem dritten Koalitionspartner Wechselnde Mehrheiten sind für alle AkteurInnen anstrengend und arbeitsreich, aber sie aber beleben unsere parlamentarische Demokratie. Grün wirkt weiter!